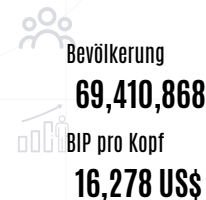
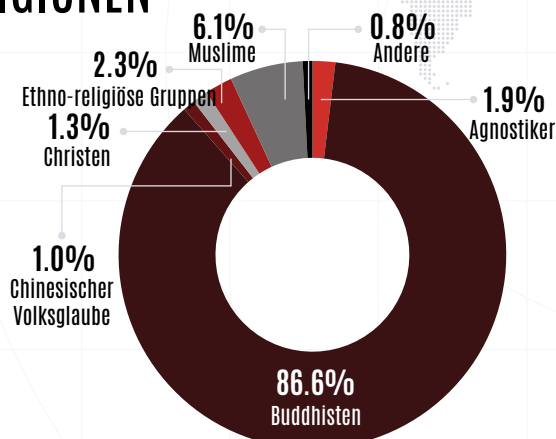




# THAILAND

## RELIGIONEN



## DIE GESETZESLAGE ZUR RELIGIONSFREIHEIT UND DIE TATSÄCHLICHE ANWENDUNG

Seit Mai 2014 liegt die politische Macht in Thailand in den Händen einer Militärjunta unter der Führung von General Prayuth Chan-ocha. Dieser arbeitete eine neue Verfassung aus (die zwanzigste im Laufe eines Jahrhunderts), die durch ein Referendum am 7. August 2016 angenommen wurde.<sup>1</sup>

König Bhumibol (Rama IX.) starb am 13. Oktober 2016 nach einer Amtszeit von 70 Jahren. Sein Nachfolger Maha Vajiralongkorn wurde am 4. Mai 2019 unter dem Namen Rama X. gekrönt. Am 6. April 2017 wurde die neue Verfassung verkündet, deren Änderungen die königlichen Befugnisse stärken.<sup>2</sup>

Auch wenn durch die neue Verfassung die Fortdauer des Militärregimes gesichert werden soll, sind darin dennoch wichtige Bestimmungen zur Gewährleistung der Religionsfreiheit vorgesehen. Gleichzeitig räumt sie dem Buddhismus einen Sonderstatus ein.

In Thailand ist das gesellschaftliche Leben grundlegend durch den Theravada-Buddhismus strukturiert. So wird in Artikel 7 der Verfassung festgelegt, dass nur ein Buddhist König von Thailand sein kann.<sup>3</sup> Die Religionsfreiheit

ist in Artikel 31 eindeutig definiert: „Jede Person genießt die volle Freiheit, sich zu einer Religion zu bekennen und entsprechende Kultushandlungen im Sinne der eigenen religiösen Grundsätze auszuüben, sofern dies nicht den Pflichten aller Thailänder widerspricht. Weder darf die Sicherheit des Staates gefährdet noch dürfen die öffentliche Ordnung und die guten Sitten dadurch gestört werden.“

Während der Ausarbeitung der neuen Verfassung konzentrierte sich die Debatte erneut auf die Frage, welchen Platz der Buddhismus in der Gesellschaft einnimmt und ob dieser durch eine neue Verfassungsklausel zur „nationalen Religion des Landes“ erklärt werden soll. Bereits in den Jahren 1997, 2007 und 2014, als frühere Versionen der Verfassung ausgearbeitet worden waren, war die Förderung des Buddhismus ein Thema der Debatte.<sup>4</sup> Doch dieses Mal zeigten sich religiöse Minderheiten besorgt, insbesondere über Artikel 67 der neuen Fassung,<sup>5</sup> in welchem erklärt wird, dass der Staat „den Buddhismus und andere Religionen unterstützen und schützen soll“. Die ursprüngliche Entwurfsfassung sah vor, dass der Staat „Maßnahmen und Mechanismen einführen soll, die jedwede Entweihung des Buddhismus unterbinden, und alle Buddhisten an der Umsetzung solcher Maßnahmen und Mechanismen beteiligen soll“.<sup>6</sup> In der verabschiedeten Textfassung geht es allerdings nicht mehr um die Vertei-

digung des Buddhismus gegen Entweihungen oder um seinen Schutz vor „Unterminierung“. Vielmehr wird dem Staat im positiven Sinne die Aufgabe erteilt, den Buddhismus zu fördern und zu schützen, „welcher die Religion ist, die von der Mehrheit der Thailänder seit Langem ausgeübt wird“. Insbesondere hat der Staat „die Lehre und [die] Verbreitung [der] dharmischen Prinzipien des Theravada-Buddhismus zu fördern“.<sup>7</sup>

Selbst in dieser abgeschwächten Fassung stieß Artikel 67 bei religiösen Minderheiten weiterhin auf Bedenken, weil in ihm nicht auf die Bedeutung der „religiösen Harmonie“ verwiesen wird, wie das in den früheren Verfassungstexten der Fall war. Insbesondere Thailands muslimische Minderheit hatte damit größere Schwierigkeiten. Es überrascht daher wenig, dass bei dem Referendum am 7. August 2016 die drei südlichen Provinzen mit muslimischer Mehrheit (Yala, Pattani und Narathiwat) größtenteils gegen die neue Verfassung stimmten.<sup>8</sup>

In diesen Provinzen sind 80 % der Bevölkerung religiös Muslime und kulturell Malaien. Seit Jahrzehnten finden dort ethno-nationalistische Aufstände gegen den Zentralstaat statt. Die Situation in diesem Teil des Landes wirkt sich direkt auf die Religionsfreiheit in Thailand aus. Die Zentralregierung ist in diesen Regionen mit einer religiösen Mehrheit konfrontiert, welche die Anerkennung der eigenen Besonderheiten fordert. Der 2001 erneut entfachte Konflikt hat sich seit 2004 verschärft und forderte unter der buddhistischen und der muslimischen Bevölkerung ungefähr 7.000 Todesopfer.<sup>9</sup>

Fraglich bleibt, ob Bangkok eine Gemeinschaft und deren Rechte, auch auf Religionsfreiheit, akzeptieren wird, wenn sich diese nicht in die vorherrschende Thai- und buddhistische Kultur integrieren möchte. Diese Minderheit beansprucht für sich das Recht, mit einem malaischen Dialekt eine andere Sprache zu sprechen, mit dem Islam eine andere Religion auszuüben und sich auf die malaische Kultur zu berufen.

Bangkoks Reaktion in Form eines Sicherheitskräfteeinsatzes ist an ihre Grenzen gestoßen. Ein Aufgebot von 60.000 Soldaten und Polizisten reichte nicht aus, um die rund zwei Millionen Menschen unter Kontrolle zu halten und gewalttätige Ausschreitungen zu stoppen. Nach den Morden an thailändischen Lehrern und buddhistischen Mönchen übte die Regierung Vergeltung und rechtfertigte dies als Reaktion auf den Ausnahmezustand innerhalb der drei Provinzen.<sup>10</sup> Bei jedem Gewaltausbruch im Süden des Landes sind im ganzen Königreich Petitionen im Um-

lauf, die von der Bevölkerung unterzeichnet werden, weil extremistische buddhistische Mönche in ihren Predigten vor einer „zukünftigen Ausradierung“ des Buddhismus im Süden warnen.<sup>11</sup>

Die regierende Junta hat die von thailändischen Muslimen und anderen Minderheiten geäußerten Bedenken bezüglich Artikel 67 wahrgenommen und am 22. August 2016 rasch ein Dekret erlassen, um den Artikel zu „vervollständigen“. Damit sollten „Handlungen verhindert werden, die den Buddhismus und andere Religionen bedrohen“. Um dies umzusetzen, wurde eigens ein Ausschuss gegründet. Ebenso wurde der traditionelle Aufruf zu „religiöser Harmonie“ erneut bekräftigt. Die thailändischen Muslime reagierten darauf zwar skeptisch, erkannten aber an, dass das Dekret eine Geste des guten Willens seitens des Militärregimes gewesen sei.<sup>12</sup>

Ungeachtet der Kontroversen um die Verfassung von 2017 ist die Religionsfreiheit in Thailand im Großen und Ganzen gegeben und sie wird beständig eingehalten. Die thailändische Regierung erkennt durch das Religionsressort des Kulturministeriums fünf Religionsgemeinschaften an: den Buddhismus, den Islam, den Hinduismus, den Sikhismus und das Christentum. Religiöse Organisationen, die zu diesen fünf Religionsgemeinschaften gehören, können bestimmte staatliche Vorteile wie Steuerbefreiungen, beschleunigte Visaverfahren und staatliche Fördermittel in Anspruch nehmen. Der Staat stellt den Tempeln jährlich 160 Mio. US-Dollar zur Verfügung. Das Geld darf verwendet werden für Gebäudeinstandhaltung, Religionsunterricht, Förderung religiöser Aktivitäten und Gehälter der Oberen von buddhistischen Tempeln. Der mit 148 Millionen US-Dollar größte Teil der Zuwendungen geht über das National Buddhism Bureau (das Nationale Buddhismus-Büro, eine vom Religionsressort unabhängige Stelle) an die buddhistische Gemeinschaft.

Doch auch Angehörige von Religionsgemeinschaften, die nicht behördlich registriert sind, können von staatlichen Vorteilen profitieren. Für viele christliche Organisationen ist Thailand Ausgangspunkt ihrer Aktivitäten in Südostasien, da es vergleichsweise einfach ist, das Land mit einem Touristenvisum zu bereisen und ohne behördliche Beanstandung missionarisch aktiv zu sein.

Am 29. Dezember 2016 verabschiedete die National Legislative Assembly (Nationale Gesetzgebende Versammlung), ein Parlament mit 250 von der Junta ernannten Mitgliedern, einstimmig eine Änderung des Klostersgesetz-

zes von 1962, das die Ernennung des Obersten Patriarchen des thailändischen Buddhismus regelt.<sup>13</sup> Durch die Änderung verlor der Sangha Supreme Council (Oberster Rat des Sangha-Ordens), das Führungsorgan der klösterlichen Gemeinschaft, die Befugnis zur Ernennung des Patriarchen. Der neue Gesetzestext sieht vor, dass „der König den obersten Patriarchen ernennt und diese Wahl dann vom Ministerpräsidenten gegengezeichnet wird“.<sup>14</sup> In der Praxis wählt der König den neuen obersten Patriarchen aus einer Liste aus, die ihm vom Ministerpräsidenten vorgelegt wird. Diese Maßnahme soll sicherstellen, dass der höchste Posten des thailändischen Buddhismus nicht auf Grundlage der alten Ernennungsmethode an eine bestimmte Person vergeben wird. Damit richtete man sich gegen den hochrangigen Mönch Somdet Chuang. Der 91-Jährige gilt beim Militär und seinen konservativen Verbündeten als dem Wat Phra Dhammakaya zu nahe stehend, einem finanziell und politisch einflussreichen Tempel, der eine heterodoxe und materialistische Version des Buddhismus predigt. Am 7. Februar 2017 wurde der 90-jährige Mönch Somdet Phra Maha Munivong vom König zum Oberhaupt des thailändischen Buddhismus ernannt.<sup>15</sup>

Der ehemalige Obere des „Wat Phra Dhammakaya“-Tempels, Abbot Dhammachayo, wurde der Veruntreuung und Geldwäsche verdächtigt. Für seine Verhaftung mobilisierte die Militärjunta von Mitte Februar bis zum 10. März 2017 rund 4.000 Polizisten und mehrere Hundert Soldaten, um die weitläufige, 320 Hektar große buddhistische Tempelanlage im Norden von Bangkok zu durchkämmen. Dabei wurden den wichtigsten Amtsträgern der Tempelanlage ihre geistlichen Funktionen entzogen.<sup>16</sup> Bis heute konnte Dhammachayo nicht ausfindig gemacht werden und sein Verschwinden bleibt ein Rätsel. Das Militärregime möchte den Dhammakaya-Tempel unter seine eigene Kontrolle bringen, da die regierenden Generäle davon überzeugt sind, dass er enge Verbindungen zum politischen Clan des ehemaligen Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra pflegt.

## VORFÄLLE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Im Januar 2020 fand ein Treffen zwischen Abgesandten der Regierung und Vertretern der islamischen Separatistenbewegung Barisan Revolusi Nasional (Nationale Befreiungsfront, BRN) statt. Dies geschah in der Hoffnung, eine friedliche Lösung für die anhaltenden Konflikte in den

südlichen Grenzprovinzen zu finden. Während des Treffens bekräftigten beide Parteien das gemeinsame Ziel der Konfliktlösung durch einen Friedensprozess und die Verstärkung des Engagements in Bereichen, die zuvor definiert worden waren.<sup>17</sup>

Laut der Nichtregierungsorganisation Deep South Watch<sup>18</sup> fanden allein im August 2020 29 Fälle von Gewalt statt, bei denen zehn Menschen starben und acht verletzt wurden. Die Unruhen in Südthailand forderten zwischen 2004 und 2020 7.162 Todesopfer und 13.348 Verletzte. Trotz der im Januar initiierten Friedensgespräche ist derzeit weder ein Waffenstillstand noch eine Verhandlungslösung in Sicht.

Im April 2020 gab die BRN einen einseitigen Waffenstillstand zur Bekämpfung der Coronapandemie bekannt. Laut der Erklärung wird die Separatistenbewegung „alle Aktionen einstellen und damit humanitäre Hilfe zulassen, weil ihr bewusst ist, dass derzeit Covid-19 der Hauptfeind der Menschheit ist“.<sup>19</sup> Die Waffenstillstandserklärung wurde vom Militär nicht erwidert, weil die Gewalt in Südthailand laut militärischer Auffassung eine überwachungsbedürftige Störung der öffentlichen Ordnung und kein Zivilkonflikt sei. Infolgedessen hielten die gewaltsamen Zusammenstöße zwischen dem Militär und der BRN an, auch wenn die monatlichen Opferzahlen in letzter Zeit zurückgegangen sind. Unter der Quid-pro-quo-Mentalität der Aufständischen und der thailändischen Regierung leiden Menschen in ganz Südthailand. Während die Rebellen häufig thailändische Buddhisten angreifen, führen thailändische Sicherheitskräfte im Zuge der Aufstandsbekämpfung Razzien durch und gehen gegen Verdächtige äußerst brutal vor – auch von Folter wird berichtet.<sup>20</sup>

Das Schicksal verfolgter Gemeinschaften, die in Thailand Zuflucht gesucht haben, verdeutlicht, wie bisweilen mit der Religionsfreiheit von religiösen Minderheiten umgegangen wird. Davon betroffen sind Christen aus Pakistan und Anhänger der Falun Gong (Dharma-Rad-Praktik) aus China.

Da man relativ einfach nach Thailand einreisen kann, haben Tausende pakistanische Christen den Flüchtlingsstatus im Land beantragt. Da die thailändische Regierung jedoch die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 nicht unterzeichnet hat, gibt es keinen formalen Prozess für den Umgang mit asylsuchenden Flüchtlingen. So wurden viele Flüchtlinge behördlich verfolgt und in Internierungslagern untergebracht. Glaubwürdigen Meldungen zufolge werden die Rechte der Flüchtlinge in diesen Einrichtungen nicht vollständig anerkannt. Den Internierten ist es nur vier

Stunden pro Woche gestattet, ihre Zellen zu verlassen. Darin sind häufig bis zu 100 Personen hineingepfercht.<sup>21</sup>

Pakistanische Christen, die vor Diskriminierung und Verfolgung in ihrem Heimatland geflohen sind und die eigentlich rechtlich geschützt werden müssten, werden in Thailand in der Regel nicht als Flüchtlinge anerkannt. Die örtlichen Strafverfolgungsbehörden betrachten diese und andere Asylbewerber generell als illegale Einwanderer.<sup>22</sup> Im Juli 2019 wurden zum Beispiel 51 asylsuchende pakistanische Christen von den thailändischen Behörden in Bangkok verhaftet. Der Vorfall ließ unter den pakistanischen Christen der Stadt die Befürchtung aufkommen, dass die thailändische Regierung ein weiteres hartes Durchgreifen gegen Menschen plant, die sich illegal im Land aufhalten – vor allem gegen Asylbewerber ohne richtigen Flüchtlingsstatus. Pakistanische Christen und weitere verfolgte Minderheiten aus anderen Ländern werden regelmäßig festgenommen und unter gefängnisartigen Bedingungen festgehalten. Um Internierungslager zu umgehen, verstecken sich christliche pakistanische Asylbewerber in kleinen Wohnungen mit geringer Miete vor den Behörden. Laut eigener Aussage können oder wollen sie nicht nach Pakistan zurückkehren, weil sie dort aufgrund ihrer Religion verfolgt werden.<sup>23</sup> Im Dezember 2019 nahm die thailändische Einwanderungsbehörde in Bangkok 36 Asylbewerber während einer frühmorgendlichen Razzia in ihren Wohnungen fest.<sup>24</sup>

Auch vietnamesische Flüchtlinge fürchten die Abschiebung. Viele von ihnen sind Katholiken, die vor der religiösen Unterdrückung im eigenen Land nach Thailand geflohen sind. Im November 2018 wurden über 180 Montagnard-Flüchtlinge aus Vietnam festgenommen, darunter viele Christen. Auch wenn einige den Flüchtlingsstatus erlangt haben, werden viele von ihnen immer noch festgehalten.<sup>25</sup> Einige Flüchtlinge riskierten auch eine mögliche Abschiebung, weil sie dem Besuch von Papst Franziskus in Thailand vom 20. bis 23. November 2019 beiwohnen wollten.<sup>26</sup>

Der Fall von Rahaf Mohammed al-Qunun, einer 18-jährigen saudischen Frau, sorgte für weltweite Aufmerksamkeit der Medien. Al-Qunun wurde im Januar 2019 am Bangkokener Flughafen auf ihrem Weg von Kuwait nach Australien von thailändischen Behörden festgenommen. Die Saudi-Araberin wollte in Australien Asyl beantragen, um ihrer Familie zu entkommen. Diese hatte gedroht, sie bei einer Abkehr vom Islam zu töten. Al-Qunun rief in den sozialen Medien um Hilfe und rückte damit in den Fokus

der Weltöffentlichkeit, woraufhin Kanada ihr Asyl gewährte. Weil dieser Fall für internationale Aufmerksamkeit und Empörung sorgte, versprach die thailändische Regierung, sich mit dem Thema der unbefristeten Inhaftierung und Abschiebung von Asylbewerbern auseinanderzusetzen. Der Leiter der Einwanderungspolizei, Surachate Hakparn, kündigte eine Überprüfung der staatlichen Inhaftierungspolitik an und erklärte, dass keiner „unfreiwillig“ abgeschoben werde.<sup>27</sup>

2020 feierte Thailand den 142. Jahrestag seines Toleranzedikts. Zu diesem Anlass versammelte der US-Botschafter in Thailand, Michael George DeSombre, am 30. September 2020 15 führende Persönlichkeiten zu einem Gespräch am runden Tisch. Dem Botschafter zufolge erklärt das von König Chulalongkorn 1878 erstmals veröffentlichte Edikt, „dass jeder, der eine Religion annehmen möchte und deren Wahrheit und Angemessenheit geprüft hat, dies ohne Einschränkungen tun kann, wobei die Verantwortung bei jedem Einzelnen liegt“. Weiter führte DeSombre aus, dass „[diese] seine wirkungsvolle Idee in jede darauffolgende Verfassung von Thailand aufgenommen wurde“.<sup>28</sup>

## PERSPEKTIVEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT

Das Militärregime und die jüngsten Proteste, bei denen systematische politische Reformen gefordert wurden, hatten keinen Einfluss auf die Religionsfreiheit in Thailand, die in absehbarer Zukunft wohl weiterhin gewährleistet sein wird. Allerdings bleibt die Lage in Südthailand mit einer ungelösten Krise unbeständig. Religiös motivierte Gewalthandlungen und islamistische Terrorakte, die sich gegen die nichtmuslimische Bevölkerung und insbesondere gegen die buddhistische Mehrheit richten, werden aller Voraussicht nach andauern.

- 1 Jonathan Head, „Thai referendum: Military-written constitution approved“, BBC News, 7. August 2016, <http://www.bbc.com/news/world-asia-36972396> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 2 „Thailand’s constitution: New era, new uncertainties“, BBC News, 7. April 2017, <http://www.bbc.com/news/world-asia-39499485> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 3 Thailand 2017, Constitute Project, [https://www.constituteproject.org/constitution/Thailand\\_2017?lang=en](https://www.constituteproject.org/constitution/Thailand_2017?lang=en) (abgerufen am 16. Februar 2021).
- 4 „Le bouddhisme, religion nationale en Thaïlande : nouvel échec pour un éternel serpent de mer“, Églises d’Asie, 8. Februar 2016, <http://eglasiemepasie.org/asie-du-sud-est/thaïlande/2016-02-08-le-bouddhisme-religion-nationale-en-thaïlande-nouvel-echec-pour-un-eternel-serpent-de-mer> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 5 Thailand’s Constitution of 2017, op. cit.
- 6 Mong Palatino, „Thailand’s new constitution: a threat to religious freedom?“, The Diplomat, 2. September 2016, <https://thediplomat.com/2016/09/thailands-new-constitution-a-threat-to-religious-freedom/> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 7 Ibid.
- 8 Khemthong Tonsakulrungruang, „Religion after the referendum“, New Mandala, 15. September 2016, <https://www.newmandala.org/religion-after-the-referendum/> (abgerufen am 16. Februar 2021).
- 9 Matthew Wheeler, „Behind the insurgent attack in Southern Thailand“, Crisis Group, 8. November 2019, <https://www.crisisgroup.org/asia/south-east-asia/thailand/behind-insurgent-attack-southern-thailand> (abgerufen am 16. Februar 2021).
- 10 „Thailand: Insurgents bomb government agency in South“, Human Rights Watch, 17. März 2020, <https://www.hrw.org/news/2020/03/17/thailand-insurgents-bomb-government-agency-south> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 11 Max Constant, „Thai Muslims uneasy about rise in Buddhist nationalism“, Anadolu Agency, 3. September 2016, <https://www.aa.com.tr/en/asia-pacific/thai-muslims-uneasy-about-rise-in-buddhist-nationalism/640116> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 12 „La junte au pouvoir tente de corriger la perception négative de la clause religieuse inscrite dans la nouvelle Constitution“, Églises d’Asie, 7. Oktober 2016, <http://eglasiemepasie.org/asie-du-sud-est/thaïlande/2016-10-07-la-junte-au-pouvoir-tente-de-corriger-la-perception-negative-de-la-clause-religieuse-inscrite-dans-la-nouvelle-constitution> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 13 „La junte amende la loi monastique pour écarter Somdet Chuang de la direction de l’Église bouddhique“, Églises d’Asie, 2. Januar 2017, <http://eglasiemepasie.org/asie-du-sud-est/thaïlande/2017-01-02-la-junte-amende-la-loi-monastique-pour-ecarter-somdet-chuang-de-la-direction-de-l-eglise-bouddhique> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 14 „La junte amende la loi monastique pour écarter Somdet Chuang de la direction de l’Église bouddhique“, Églises d’Asie, 2. Januar 2017, <http://eglasiemepasie.org/asie-du-sud-est/thaïlande/2017-01-02-la-junte-amende-la-loi-monastique-pour-ecarter-somdet-chuang-de-la-direction-de-l-eglise-bouddhique> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 15 „La nomination du nouveau chef de l’Église bouddhique thaïlandaise met un terme à une longue polémique“, Églises d’Asie, 17. Februar 2017, <http://eglasiemepasie.org/asie-du-sud-est/thaïlande/2017-02-17-la-nomination-du-nouveau-chef-de-l-eglise-bouddhique-thaïlandaise-met-un-terme-a-une-longue-polemique> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 16 „La junte peine à neutraliser le mouvement bouddhique Dhammakaya“, Églises d’Asie, 27. März 2017, <http://eglasiemepasie.org/asie-du-sud-est/thaïlande/2017-03-27-la-junte-peine-a-neutraliser-le-mouvement-bouddhique-dhammakaya> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 17 Noah Lee, Muzliza Mustafa, Pimuk Rakkanam and Mariyam Ahmad, „Thai peace negotiator meets with BRN rebel delegates in Malaysia“, Benar News, 21. Januar 2020, <https://www.benarnews.org/english/news/malaysian/peace-talks-01212020154917.html> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 18 Deep South Watch, <https://www.deepsouthwatch.org/english> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 19 „Declaration of BRN’s response to COVID-19“, Geneva Call, 3. April 2020, <https://www.genevacall.org/wp-content/uploads/2020/05/BRN-Statement-Ceasefire.jpg> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 20 Caleb Quinley, „In Thailand’s deep south conflict, a glimpse of hope, but no momentum to sustain a COVID-19 ceasefire“, The New Humanitarian, 3. August 2020, <https://www.thenewhumanitarian.org/news/2020/08/03/Thailand-deep-south-conflict-coronavirus-ceasefire> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 21 „Bangkok detention center violating human rights of detainees“, International Christian Concern (ICC), 26. September 2018, <https://www.persecution.org/2018/09/26/bangkok-detention-center-violating-human-rights-detainees/> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 22 „Thai police round up dozens of Christian Pakistani refugees“, UCANews, 20. Dezember 2019, <https://www.ucanews.com/news/thai-police-round-up-dozens-of-christian-pakistani-refugees/86862> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 23 „Thai police seize 51 Pakistani Christian asylum seekers“, UCANews, 9. Juli 2019, <https://www.ucanews.com/news/thai-police-seize-51-pakistani-christian-asylum-seekers/85590> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 24 Ibid.
- 25 „181 Christian refugees still detained by Thailand authorities“, International Christian Concern (ICC), 6. November 2018, <https://www.persecution.org/2018/11/06/181-christian-refugees-still-detained-thailand-authorities/> (abgerufen am 26. Oktober 2020).

26 „Vietnamese Catholic Refugees in Bangkok Risk Deportation to See Pope Francis“, International Christian Concern (ICC), 13. Dezember 2019, <https://www.persecution.org/2019/12/13/vietnamese-catholic-refugees-bangkok-risk-deportation-see-pope-francis/> (abgerufen am 16. Februar 2021).

27 „Thailand aims to reform tough refugee policy after saudi asylum case“, International Christian Concern (ICC), 21. Januar 2019, <https://www.persecution.org/2019/01/21/thailand-aims-reform-tough-refugee-policy-saudi-asylum-case/> (abgerufen am 26. Oktober 2020).

28 Michael George DeSombre, „Celebrating a shared history of religious freedom“, Nation Thailand, 30. September 2020, [https://www.nationthailand.com/opinion/30395338?utm\\_source=homepage&utm\\_medium=internal\\_referral](https://www.nationthailand.com/opinion/30395338?utm_source=homepage&utm_medium=internal_referral) (abgerufen am 28. Oktober 2020).